

NGOs als Profis

Ansprechend und übersichtlich aufgemacht, bietet der 99er Bericht zur Luxemburger Entwicklungshilfe einen Überblick über das Jahr eins des Kooperationsministeriums unter DP-Führung. Wenn Minister Charles Goerens dabei auf Kontinuität setzte, dann vor allem, was die Orientierung der Geldvergabe betrifft: Die "pays cibles" etwa sind die gleichen geblieben wie unter seiner Vorgängerin Lydie Err. Kreativ will der Minister mit Ländern wie Kuba umgehen: Nach dem System der "coopération triangulaire" könnten kubanische ÄrztInnen mit Luxemburger Geld in Cap Vert eingesetzt werden. Neue Wege wurden auch bei der Zusammenarbeit mit den Nichtregierungsorganisationen beschritten: Demnächst wird mit "Médecins sans frontières" die erste NGO ihren "accord cadre" unterschreiben - eine Form der staatlichen Kofinanzierung, die sich nicht mehr auf einzelne Projekte beschränkt, sondern mit globalen, pluriannuellen Budgets funktioniert. Die NGOs haben so mehr Handlungsspielraum, riskieren jedoch, zu "Filialen" des Kooperationsministeriums zu werden. Neben schon angelaufenen Ausbildungen bei der Verwaltung von Solidaritätsprojekten soll nun auch ein technisches Büro seine Arbeit beginnen, das vor allem kleineren NGOs bei der Verwaltungsarbeit weiterhilft.

Olympias blinder Fleck

Bei olympischen Spielen versuchen viele Länder, sich von ihrer besten Seite zu zeigen. Die "grünen Spiele" von Sydney sollen Australien als Musterschüler der Weltgemeinschaft ausweisen. Da passt es schlecht ins Bild, dass in letzter Zeit mehrfach Kritik von UN-Institutionen wie dem Expertenkomitee für die Eliminierung rassistischer Diskriminierung kam. Künftig will die australische Regierung nur noch in Ausnahmefällen solche Expertenkomitees ins Land lassen. Sie griff auf die gewöhnlich von Diktaturen benutzte Redewendung der "Einnischung in innere Angelegenheiten" zurück.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) kommentiert: "Das Bild von Wärme und Gastfreundlichkeit, das Australien zu den Spielen ausstrahlen will, soll offenbar nicht durch Berichte über die Unterdrückung der Ureinwohner des Kontinents überschattet werden." Laut GfbV wurden alle Demonstrationen von Aborigenes in der Nähe der Sportveranstaltungen verboten. Diskriminierung, Verarmung, Entrechtung - die Beschreibung der Menschenrechtsorganisation lässt die Lage der Ureinwohner Australiens als zumindest so schlecht wie die der Indianer und Afro-Amerikaner in den USA erscheinen.

Successful WOXX auf der Oekofoire

Nachdem sich so manche KollegInnen in der Presse den Kopf darüber zerbrachen, wie grün die WOXX denn nun noch sein wird, stellte sich diese andernorts einem ersten öffentlichen Direkt-Urteil. In Halle 2B der Messehallen auf der Oekofoire nahmen sich Tausende alte und neue LeserInnen ein frisch gedrucktes Exemplar der ersten WOXX mit. Dabei konnten sie einen Blick auf die gesammelten Werke der kurz davor gestarteten Pub-Campagne werfen. Was zu gewissen Konfusionen führte. "Ich bin doch keine Lesbe!" wies etwa schmunzelnd ein älterer Messe-Besucher die angebotene WOXX zurück. Und deutete auf das Plakat mit dem Hinweis: "Lesben sollten WOXX lesen - die Wochenzeitung, die keine Tabus kennt." Eine ebenfalls etwas betagtere Dame wollte dagegen spontan dem Verein der Nudisten beitreten. Und so weiter.

Die Namensänderung kam im Allgemeinen sehr positiv beim öko-angehauchten Messepublikum an. Und sorgte natürlich für den einen oder anderen Kommentar. Mit der Anspielung: "Ass dat dat neit Lëtzebuerger WOXX?" hatten wir natürlich irgendwie gerechnet. Dass eine Besucherin jedoch auf die Frage "Wëllt Der eng nei WOXX matthuelen?" eine neue Hose in Empfang nehmen wollten, ist wohl auf die schlechte Akustik in den Messehallen zurückzuführen.

MONARCHIE (2)

Unantastbarer Status quo?

Was haben wir davon, ein Großherzogtum zu sein? Im zweiten Teil unserer kleinen Serie um die Monarchie beleuchten wir die Konsequenzen der Staatsform auf die Politik.

(rw) - Spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg war für die Luxemburger Bevölkerung die Staatsform der konstitutionellen Monarchie eine Selbstverständlichkeit, für die politischen Parteien ein unantastbarer Status quo: Von der CSV bis zur KP herrschte in dieser Frage über Jahrzehnte hinweg ein politischer Schulterchluss. Die prinzipielle Frage, wie ein Hereditätssystem mit den Prinzipien einer modernen Demokratie zusammenpasst, wurde erst in den Sechziger- und Siebzigerjahren wieder gestellt, und auch dann eher von Seiten kleiner, außerparlamentarischer Gruppierungen: Erst die "Déi Gréng Alternativ", die 1984 ins Parlament einzogen, plädierten in ihrem Wahlprogramm für die Abschaffung der Monarchie. Doch das heikle Thema gehörte sehr bald nicht mehr zu den politischen Prioritäten. Die "Lénk" hingegen, die seit 1999 in der "Chamber" vertreten sind, erwähnten die Frage in ihrer Plattform gar nicht.

Seit dem Referendum von 1919, und vor allem in den letz-

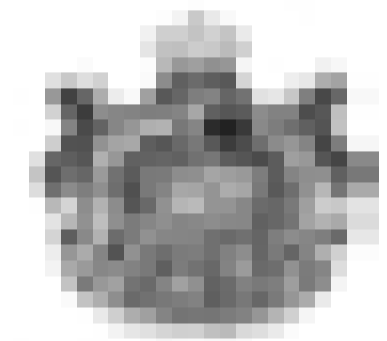
ten 50 Jahren, war die Monarchie als Diskussionsthema tabu: Ein ungeschriebenes Gesetz scheint zu diktiert, dass der oder die MonarchIn sich bei der Ausübung ihrer politischen Funktionen soweit wie möglich zurückhält, während die Öffentlichkeit im Gegenzug jeglicher Kritik entsagt. Natürlich tut auch der im internationalen Vergleich recht diskrete Lebensstil der großherzoglichen Familie das seine, um wenig Angriffsfläche zu bieten (von Spekulationen um "Bommelée" u.ä. einmal abgesehen).

Kein Wille zur Macht

Was der Status quo politisch genauer bedeutet, welche Befugnisse und Privilegien dem Großherzog laut Verfassung zukommen, wissen aber auch wohl die wenigsten der LuxemburgerInnen - und auch nicht, dass es anders sein könnte. Dass der Großherzog zum Beispiel Staatschef ist und die Exekutivgewalt in seinen Händen hält, ist keine Kleinigkeit: In anderen europäischen Monarchien kommt der Dynastie eine rein repräsentative Funktion zu. Bei uns nennt der Großherzog Regierung und StaatsbeamtenInnen und verkündet die Gesetze: Theoretisch könnte er das in einzelnen Fällen verweigern - wie es seine Tante Adelheid schon mal vorexerzierte. Er kann das Parlament auflösen und Neuwahlen auslösen, kommandiert die Armee und de-

klariert den Krieg. Als Privileg ist ihm vor allem die Unverantwortlichkeit vor dem Gesetz geblieben: Weder wegen seiner Staatsfunktionen, noch wegen persönlicher Vergehen könnte er gerichtlich verfolgt werden. Erst 1997 wurde seine "Heiligkeit" aus der Verfassung gestrichen. Ein Mitglied der großherzoglichen Familie darf im Staatsrat sitzen, und auf die Erbfolge hat das Parlament keinen Einfluss - die wird vom Hauspakt der Familie Nassau geregelt und besagt zum Beispiel bis dato, dass der erstgeborene Sohn die Funktion erbt - Großherzoginnen gibt es nur als Notlösung.

Auch wenn der Großherzog manche seiner Möglichkeiten politischer Einflussnahme nicht ausschöpft, stehen sie ihm doch laut Verfassung zu - weshalb Luxemburg in ausländischen Lehrbüchern des Öfteren als absolute Monarchie dargestellt wird.



Zum Thronwechsel will auch die WOXX nicht zurückstehen: Unsere Serie zur Monarchie ist unser Beitrag zu diesem großen Ereignis. Nächste Woche: Welche Zukunft für die Monarchie?

DÉBAT SUR L'INTÉGRATION SCOLAIRE

Constats sans conséquences?

Après deux ans de labeurs, la commission de l'éducation de la Chambre vient d'achever les discussions devant déboucher sur le mytique débat d'orientation sur l'intégration.

(roga) - "Deutsch als Fremdsprache", "Deutsch als Zweitsprache", "l'allemand suivant des méthodes adaptées",... le vocabulaire est riche et controversé pour décrire une spécificité très luxembourgeoise: comment enseigner à tou-te-s les élèves - dont 40 pour cent d'étrangers/ères - une langue proche du patois parlé, mais que

ces 40 pour cent ne pratiquent pas en dehors des cours de l'école?

C'est en tout cas sur le problème des langues que se sont concentrées les discussions et entretiens entamés par la commission de l'éducation de la Chambre en vue de préparer un grand débat stratégique dit d'"orientation" sur l'intégration des enfants allochtones dans l'école publique luxembourgeoise. Plus de 17 ans après le dernier débat du genre, le système scolaire ne semble pas avoir fait de progrès percutants. Bien que la dernière étude fiable sur l'échec des enfants étrangers date d'il y a 20 ans, l'on peut présumer, au vu des maigres données disponibles, que malgré des initiatives du type "40 mesures" de M. Fischbach, l'intégration et la mytique "école du succès" n'ont pas été efficaces outre mesure.

Eviter les décisions douloureuses

Les innombrables entretiens de la commission avec les acteurs concernés ont certes fait état d'un degré élevé de conscience de l'urgence du problème, mais également d'autant d'idées que de personnes et groupes interrogés. Nonobstant, de menues présomptions commencent à se greffer vaguement dans les têtes des décideurs. Primo: que le problème ne se limite pas au problème des langues, mais qu'il y a le très important facteur de l'origine sociale, qui

affecte doublement les enfants étrangers. Mais les enfants luxembourgeois sont également affectés lorsqu'ils sont issus de couches sociales autres que celle du fameux "Bildungsbürgertum" dont sont imprégnés le contenu et le langage souvent abstraits des cours scolaires. Secundo: qu'il est parfaitement envisageable de sauvegarder le trilinguisme luxembourgeois en l'améliorant substantiellement au niveau de la communication (parler et messages écrits de base) et en le ventilant du côté formaliste (grammaire, syntaxe, littérature) suivant les besoins professionnels spécifiques. Tertio, et c'est là que le bât blesse, les conditions nettement améliorées au sein de l'école primaire devraient permettre de pratiquer une différenciation interne et une prise en charge individuelle d'élèves d'origines et de niveaux différents, quitte à ce que dans des contextes scolaires à très forte population scolaire étrangère des mesures complémentaires s'imposent.

Mais le dernier constat appelle automatiquement une réforme en profondeur de la pratique méthodologique et des objectifs fondamentaux de l'école globale du primaire et des multiples filières du postprimaire. L'on peut supposer que le ministère n'est pas disposé à une offensive éclair et que le rapport Durdu/Wiseler à paraître le 10 octobre sera bien plus fourni du côté analyse que du côté du terrain miné des mesures urgentes à prendre.



Après avoir compris les problèmes, le développement des solutions s'annonce plus difficile. (Photo: Hilde Leubner)